

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

18. WP - 84. Sitzung

am Donnerstag, dem 29. Januar 2015, 10 Uhr,
in Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Thomas Rother (SPD)

Vorsitzender

Tobias Koch (CDU)

Hans Hinrich Neve (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Lars Winter (SPD)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

i. V. v. Eka von Kalben

Dr. Heiner Garg (FDP)

Torge Schmidt (PIRATEN)

Lars Harms (SSW)

Weitere Abgeordnete

Uli König (PIRATEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. a) KoPers	4
Umdrucke 18/3823, 18/3868	
b) Stand der Gründung des Dienstleistungszentrums Personal (DLZP)	
hierzu : vertraulicher Umdruck 18/3529 , 18/3869	
c) IT-Gesamtplan 2015	
Umdruck 18/3659	
2. Eingliederungshilfe	6
Bericht an den Stabilitätsrat (S. 10, Nrn. 12.4 und 12.5) Umdruck 18/3824	
3. Infrastrukturbericht Schleswig-Holstein	7
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/2558	
4. Subventionen regelmäßig auswerten und überprüfen	8
Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/2624	
5. Information/Kennntnisnahme	9
Umdruck 18/3827 - Personalbedarf in der Justizverwaltung Umdruck 18/3867 - Förderstrategie von Clustermanagements Umdruck 18/3892 - LRH-Prüfung zum Digitalfunk	
6. Verschiedenes	10

Der Vorsitzende, Abg. Rother, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

a) KoPers

[Umdrucke 18/3823, 18/3868](#)

b) Stand der Gründung des Dienstleistungszentrums Personal (DLZP)

[hierzu](#): vertraulicher [Umdruck 18/3529](#), 18/3869

c) IT-Gesamtplan 2015

[Umdruck 18/3659](#)

Herr Dr. Büchmann, Beauftragter der Landesregierung für Zentrale IT-, Organisations- und Personalentwicklung, berichtet über den aktuellen Stand des Projekts KoPers und die Planänderungen, [Umdruck 18/3868](#). Der Fortschritt des Projekts sei abhängig von der Entwicklung der Software. Bis zum 30. April 2015 müsse Dataport die Funktionsfähigkeit des Abrechnungssystems nachweisen. Wenn auch die Altsysteme nicht standhielten, müsse man Alternativlösungen erarbeiten.

Der Finanzausschuss sieht die Entwicklung mit Sorge, fragt, wie es mit dem Projekt KoPers weitergeht, erwartet einen umfassenden Bericht (inklusive Wirtschaftlichkeitsbetrachtung) zur Ausschusssitzung am 7. Mai 2015 und denkt über das Angebot von Herrn Dr. Büchmann nach, die Thematik in nicht öffentlicher Sitzung zu vertiefen.

Sodann berichtet Herr Höhn, Programmmanager KoPers, über den aktuellen Sachstand des Projekts (siehe Anlage). Auf Fragen aus dem Ausschuss erwidert er, die Einwirkungsmöglichkeiten auf die Softwarefirma seien äußerst begrenzt. Die Software für die Abrechnung des Landes müsse entwickelt werden. Im Vordergrund müsse die Qualitätssicherung stehen. Auch die im kommunalen Bereich eingesetzte Software bereite Probleme. Dataport habe zugesichert, die Altverfahren weiter zu betreiben und zu aktualisieren.

Im Folgenden berichtet Herr Bremer, stellvertretender Leiter Programmmanagement KoPers in der Staatskanzlei, über den Sachstand des Projekts Reorganisation (siehe Anlage).

Der Finanzausschuss unterstützt das Projekt Reorganisation der Personalverwaltung und wünscht sich, die Prozesse so weit wie möglich zu zentralisieren.

Auf Fragen aus dem Ausschuss macht Herr Bremer darauf aufmerksam, dass auch in Zukunft einzelne Bausteine der Prozesskette sinnvollerweise dezentral erledigt würden. Die Zentralisierung von Aufgaben biete sich insbesondere bei übergreifenden Themen an, für die Spezialwissen erforderlich sei, zum Beispiel bei der Anrechnung von Vordienstzeiten oder Mutterschutz.

Herr Dr. Nimmermann, Staatssekretär im Finanzministerium, berichtet über den Sachstand zur Errichtung des Dienstleistungszentrums Personal, [Umdruck 18/3869](#). Auf Fragen aus dem Ausschuss erwidert er, mit dem Aufbau des Dienstleistungszentrums wolle man ein Signal setzen, mit der Umsetzung des zentralen Personalmanagements anfangen und sukzessive vorschreiten. Man habe die neue Liegenschaft kostengünstig erworben, weil sie die Möglichkeit eines Anbaus biete. Die Landesregierung verfolge das Ziel, das Personalmanagement so weit wie möglich zu zentralisieren, um Effizienzgewinne und höhere Qualitätsstandards zu erzielen, und werde, um den Erfolg und die Akzeptanz des Projekts nicht zu gefährden, schrittweise vorgehen. Aufgaben im Zusammenhang mit der Personalführung würden auch in Zukunft dezentral wahrgenommen.

Herr Bremer weist darauf hin, dass 80 % der bisherigen Aufgaben in Zukunft anders abläufen. Mit den Auswirkungen der Aufgabenverlagerung von den Ressorts auf das DLZP müsse sich jedes Ressort selbst befassen.

Frau Dr. Ruck, Leiterin des Projekts DLZP, teilt mit, rund 150 Vollzeitäquivalente sollten aus den Ressorts in das DLZP verlagert werden, was nach heutigem Kenntnisstand etwa 40 bis 50 % der Personaler entspreche. Während viele Aufgaben ressortübergreifend bearbeitet würden, werde es auch in Zukunft ressort- beziehungsweise fachspezifische Fragen geben. Sie sagt zu, den Finanzausschuss zu gegebener Zeit näher über die Aufgaben und Organisation des DLZP zu unterrichten.

Der Finanzausschuss nimmt die aufgeführten Umdrucke zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Eingliederungshilfe

Bericht an den Stabilitätsrat (S. 10, Nrn. 12.4 und 12.5)

[Umdruck 18/3824](#)

Auf Fragen von Abg. Dr. Garg antwortet Frau Langner, Staatssekretärin im Sozialministerium, bei den Bemühungen, den Kostenanstieg in der Eingliederungshilfe zu dämpfen, spielten die Werkstätten für Menschen mit Behinderung eine wesentliche Rolle, bei denen Schleswig-Holstein mit Kosten von fast 300 Millionen € im Bundesvergleich an der Spitze liege. Daher habe man in sechs kreisfreien Städten und Kreisen Modellprojekte auf den Weg gebracht, um Menschen mit Behinderung aus Werkstätten auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu vermitteln. Außerdem wolle man das Hamburger Projekt „Budget für Arbeit“ umsetzen und die Möglichkeit eines Rückkehrrechts in die Werkstatt vereinbaren. Um Fehlanreize zu vermeiden, müsse der Bundesgesetzgeber tätig werden. Im Übrigen denke eine Unterarbeitsgruppe der Vertragskommission im Dialog mit den Leistungserbringern über Alternativen zu Werkstätten nach.

Nach der Umstellung auf die gemeinsame Finanzierungsverantwortung von Land und Kommunen für Ausgaben der Sozialhilfe sehe sich das Land in der Pflicht, an der Weiterentwicklung der ambulanten Leistungen teilzunehmen. Daher habe das Land zum einen die Mittel für den umsteuerungsbedingten Mehrbedarf nicht komplett gestrichen und beteilige sich zum anderen mit 79,5 % ab 2017 am Aufwuchs im ambulanten Bereich. 50 % der Budgetgewinne könnten einbehalten werden und dienten als Anreiz, bestimmte Projekte weiter auf den Weg zu bringen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht [Umdruck 18/3824](#) abschließend zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Infrastrukturbericht Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/2558](#)

(überwiesen am 21. Januar 2015 an den Finanzausschuss und alle anderen Ausschüsse)

Staatssekretär Dr. Nimmermann teilt mit, dass die Landesregierung den Landtag noch vor der Sommerpause über die Priorisierung der Maßnahmen für das Infrastrukturprogramm unterrichten wolle. Er schlägt vor, dass die Landesregierung dem Landtag alle zwei Jahre einen Infrastrukturbericht vorlege, und bejaht eine Frage von Abg. Dr. Garg, dass im Mittelbedarf für das Gesundheitswesen in Höhe von 1,7 Milliarden € eine Summe von 912 Millionen € für das UKSH enthalten sei.

Abg. Koch wünscht sich, dass die Landesregierung dem Finanzausschuss genauere Planzahlen zuleite und das Parlament jährlich vor den Haushaltsberatungen über die geplanten Infrastrukturmaßnahmen unterrichte.

Abg. Schmidt möchte wissen, nach welchen Kriterien die einzelnen Projekte priorisiert würden.

Staatssekretär Dr. Nimmermann sagt zu, detailliertere Daten nachzuliefern, den Finanzausschuss jährlich über den aktuellen Stand der Liste der Priorisierung zu unterrichten und dem Landtag alle zwei Jahre einen Infrastrukturbericht zuzuleiten.

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Landtag - vorbehaltlich der Voten der an der Beratung beteiligten Ausschüsse -, den Bericht [Drucksache 18/2558](#) zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Subventionen regelmäßig auswerten und überprüfen

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/2624](#)

(überwiesen am 21. Januar 2015 - Verfahrensfragen)

Der Finanzausschuss kommt nach kurzer Diskussion überein, zunächst die anderen Bundesländer und den Bund zu fragen, ob und in welcher Form sie einen Subventionsbericht erstellen und welche Wirkung dieser Bericht hat. Außerdem wird die Landesregierung um Darstellung gebeten, welche vergleichbaren Berichte es zu dieser Thematik bereits gibt. Danach soll das weitere Beratungsverfahren erörtert und über die Durchführung einer Expertenanhörung entschieden werden.

Staatssekretär Dr. Nimmermann teilt mit, der Subventionsbericht der Länder orientiere sich hinsichtlich des Subventionsbegriffs an der Definition des Bundes beziehungsweise des Stabilitätsrats.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

[Umdruck 18/3827](#) - Personalbedarf in der Justizverwaltung

[Umdruck 18/3867](#) - Förderstrategie von Clustermanagements

[Umdruck 18/3892](#) - LRH-Prüfung zum Digitalfunk

Zum Thema Personalbedarf im mittleren Dienst und Schreibdienst bei Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaften und Straf- und Bußgeldverfahren vor Amtsgerichten ([Umdruck 18/3827](#)) wird das Justizministerium gebeten mitzuteilen, in welchen Bereichen des genannten Gutachtens Überarbeitungsbedarf bestehe.

Der Finanzausschuss bittet das Wirtschaftsministerium, ihm die Richtlinie zur Unterstützung von Clustermanagements und das Strategiepapier zur Clusterpolitik und -förderung zeitnah zuzuleiten ([Umdruck 18/3867](#)).

[Umdruck 18/3892](#) - LRH-Prüfung zum Digitalfunk - nimmt der Ausschuss ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Die **Sitzungstermine des Finanzausschusses 2015** werden mit [Umdruck 18/3448](#) (neu) 2. Fassung aktualisiert. Am Mittwoch, dem 25. Februar 2015, 14 Uhr, will der Finanzausschuss mit dem Umweltausschuss über das Thema **Naturwald** ([Umdrucke 18/3649](#) und 18/3778) beraten.

Der Vorsitzende, Abg. Rother, schließt die Sitzung um 12:35 Uhr.

gez. Thomas Rother

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer